

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

50. Jahrgang · 17. Wahlperiode · Ausgabe 7 · 24. September 2019

Ruhrkonferenz

In einer Aktuellen Stunde hat sich der Landtag mit der Zukunft des Ruhrgebiets befasst. Kontrovers diskutierten die Abgeordneten im Plenum über Ergebnisse der sogenannten Ruhrkonferenz. S. 3

Haushalt 2020

Die Landesregierung hat ihren Haushaltsentwurf für 2020 in den Landtag eingebracht, dessen Volumen sich auf 79,9 Milliarden Euro beläuft. Im Plenum schloss sich eine kontroverse Debatte an. S. 6-7

Debatten der 80er

Tschernobyl-Katastrophe, Tagebau Hambach, Gladbecker Geiseldrama: In der Serie „Landtag Intern wird 50“ wirft die Redaktion einen Blick zurück – mit Originaltexten aus den 80er-Jahren. S. 12-13

Holocaust-Überlebende

Als sie acht Jahre alt war, wurde Inge Auerbacher von den Nazi ins Konzentrationslager Theresienstadt verschleppt. Von ihren Erfahrungen hat sie Schülerinnen und Schülern im Landtag berichtet. S. 16-17



SOS Wasserstraßen Probleme der Binnenschifffahrt

Foto: Schälte

INHALT

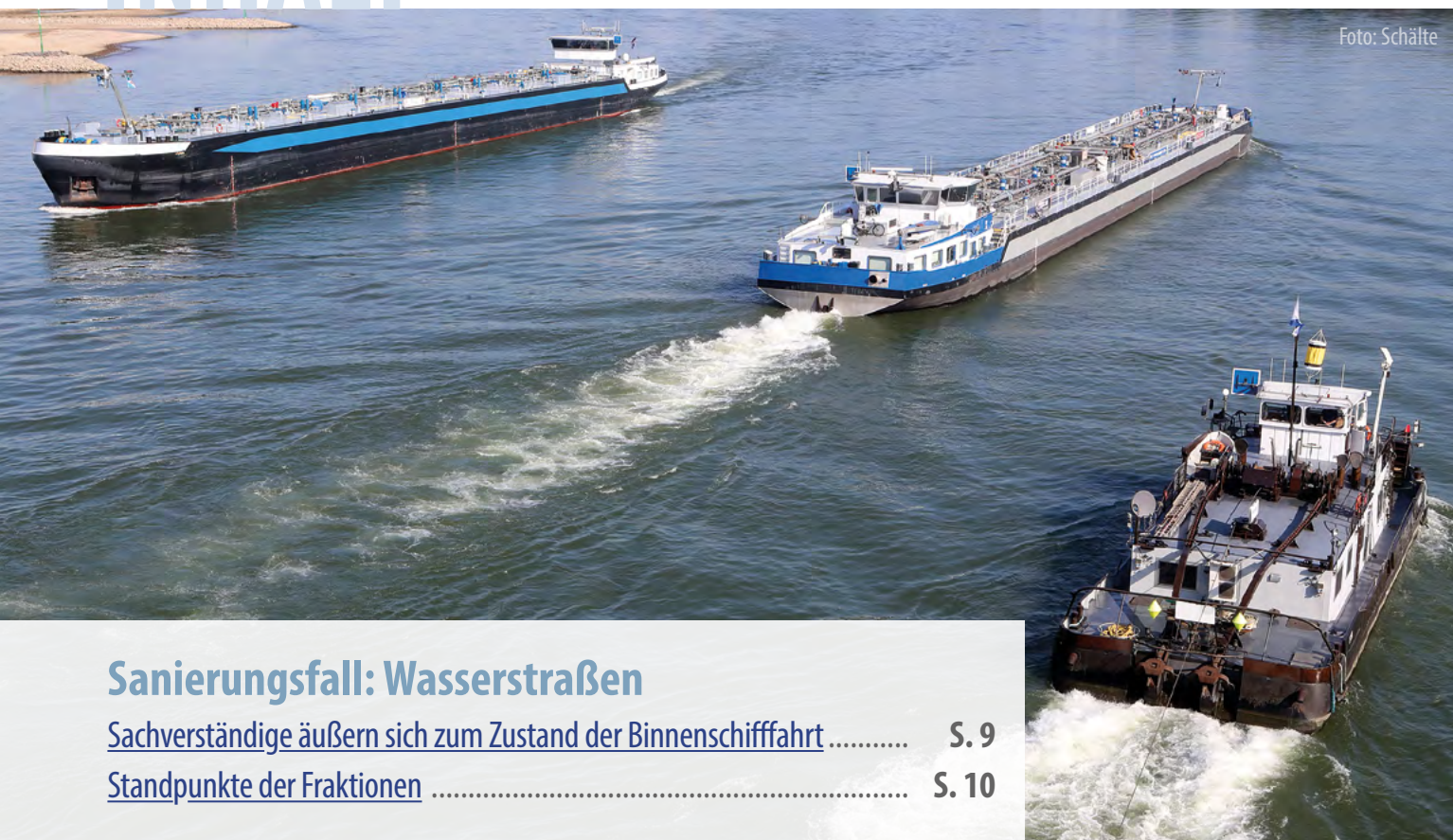


Foto: Schälte

Sanierungsfall: Wasserstraßen

<u>Sachverständige äußern sich zum Zustand der Binnenschifffahrt</u>	S. 9
<u>Standpunkte der Fraktionen</u>	S. 10

Aus dem Plenum

<u>Debatte um die Zukunft des Reviers</u>	S. 3
<u>Meldungen</u>	S. 4
<u>Schlagabtausch über Etat 2020</u>	S. 6

Gesetzgebung

Forum

<u>Ein Riesenloch und Pferde mit Nummernschildern</u>	S. 12
-------------------------------------------------------------	-------

Aus den Fraktionen

Forum

<u>„Lauft nicht mit“</u>	S. 16
--------------------------------	-------

Aus den Ausschüssen

<u>Meldungen</u>	S. 18
------------------------	-------

Im Porträt

<u>Romina Plonsker (CDU)</u>	S. 19
------------------------------------	-------

Kurz notiert

.....	S. 20
-------	-------

Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2442, landtag-intern@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (red): Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Thomas Becker (tob), Sonja Wand (sow), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2388 (sow), 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Henning Höne (FDP), Verena Schäffer (Grüne), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Frank Uferkamp (SPD), Nadja Kremser (FDP), Georg Th. Schumacher (Grüne), Michael Schwarzer (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 20. Juli 2019, 12 Uhr

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise

www.landtagintern.de



Debatte um die Zukunft des Reviers

Aktuelle Stunde zu Projektvorschlägen der Ruhrkonferenz

19. September 2019 – Die Ruhrkonferenz, eine Initiative der Landesregierung, will das Ruhrgebiet voranbringen. 75 Projektvorschläge wurden vor Kurzem präsentiert. In einer Aktuellen Stunde kritisierten die Fraktionen von SPD, Grünen und AfD die Ergebnisse als unzureichend. Die Landesregierung sowie die Fraktionen von CDU und FDP wiesen die Kritik zurück.

Die SPD-Fraktion hatte die Debatte beantragt. In ihrem Antrag „Ruhrkonferenz – ‚kein großer Wurf‘ mit fraglichen Beteiligungsprozessen, ohne strukturelle Verbesserungen für das Ruhrgebiet“ (17/7424) wirft sie der Landesregierung u. a. „zu wenig systematisierte Beteiligung und Transparenz“ vor. Die ausgewählten Projektvorschläge gingen zudem „viel zu wenig auf ruhrgebietspezifische Fragestellungen ein“. Sie seien „viel zu allgemein und kleinteilig“. Auch sei die Finanzierung des Gesamtvorhabens unklar.

SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschaty** (SPD) kritisierte, die Projektvorschläge seien eine „große Enttäuschung“. Dabei sei die Ruhrkonferenz als etwas „gigantisch Großes“ und „Glamouröses“ angekündigt worden. Wichtige Maßnahmen seien aber nicht diskutiert worden – etwa wie verschuldete Kommunen durch einen Altschuldenfonds entlastet werden könnten. Es brauche zudem eine Bildungs- und Städtebauoffensive. An die Landesregierung gerichtet sagte Kutschaty: „Sie hatten von Anfang an keine eigenen Ideen für die Zukunft des Ruhrgebiets. Und diese Ruhrkonferenz zeigt: Das haben Sie auch heute noch nicht.“

Es sei ein „Armutszeugnis“, was sein Vordränger vorgetragen habe, sagte **Josef Hovenjürgen** (CDU). Die SPD habe selbst zwischen 2003 und 2010 Regierungsverantwortung getragen und viel zu wenig getan, um den Strukturwandel im Ruhrgebiet zu gestalten. „Wer mit dem Finger auf andere zeigt, zeigt immer auch mit vier Fingern auf sich.“ Jenseits von Schuldzuweisungen gehe es um eine Analyse; die Region Ruhr brauche zudem Planungssicherheit und da seien alle Parteien gefordert, um Perspektiven zu entwickeln. Im Rahmen der Ruhrkonferenz werde ein Prioritätenkatalog erarbeitet, „nach dem wir vorgehen können“.

Mehrdad Mostofizadeh (Grüne) kritisierte, die Landesregierung gebe mit der Ruhrkonferenz keine Antworten auf zentrale Herausforderungen der Region. So sei sie trotz steigender Steuereinnahmen nicht in der Lage, das Problem der kommunalen Verschuldung zu lösen. Es gebe keine systematische Befassung mit dem Thema Langzeitarbeitslosigkeit, bei Energie und Verkehr sei sie in alten Strukturen verhaftet und habe die Chance auf eine

Verkehrswende verpasst. Die Ergebnisse seien insgesamt „Stückwerk“. Mostofizadeh: „Die Landesregierung hat der Region mit der Ruhrkonferenz wahrlich keinen Gefallen getan.“

Ralf Witzel (FDP) sagte, die Ruhrkonferenz sei und bleibe ein zentrales Konzept der Koalition. Sie sei „Ideenschmiede und Ideenwettbewerb“ zugleich mit dem Ziel, neue Chancen für die Region zu schaffen. Das Ruhrgebiet habe großes Potenzial, das es zu nutzen gelte. Dabei sei die Ruhrkonferenz nie isoliert gesehen worden, sondern in Zusammenhang mit anderen Maßnahmen der Landesregierung. Als Beispiel nannte er Änderungen am Landesentwicklungsplan, um neue Standorte für Gewerbe und Wohnungsbau zu ermöglichen. Der Opposition warf er vor, sich nicht richtig mit den Ergebnissen befasst zu haben.

„Ideenlosigkeit“

Lediglich drei der 75 Projektvorschläge bezögen sich auf das Thema „Arbeit“, sagte **Christian Loose** (AfD). Das Thema „Jugend“ komme gar nicht vor. Diese Ergebnisse zeigten die „Ideenlosigkeit der Landesregierung“. Zugleich finde man acht Projekte zu Erneuerbaren Energien. Dabei bewege die Menschen im Ruhrgebiet eher die Frage, wie sie ihren Strom bezahlen können. Keines der Projekte, so Loose, sei wirklich aufs Ruhrgebiet zugeschnitten. Es handle sich um Konzepte, die

„irgendwann in einer Schublade“ gelandet seien und nun „mit ein bisschen Glitter drumherum“ wieder herausgeholt würden.

Man stehe am Anfang eines Prozesses, sagte **Dr. Stephan Holthoff-Pförtner** (CDU), Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales des Landes Nordrhein-Westfalen. Er wies die Kritik der Opposition zurück. Mehr als 4.000 Menschen hätten allein an den Gesprächsforen teilgenommen, teilte der Minister mit. Das Ruhrgebiet solle eine „Chancenregion für alle“ werden. Davon würden auch die Nachbarregionen profitieren. „Die 53 Städte und Gemeinden an Ruhr, Emscher und Lippe nutzen ihr Potenzial dann am besten, wenn sie zusammenarbeiten und altes Kirchturmdenken beenden“, sagte Holthoff-Pförtner.

tab, wib, zab

Foto: Schälte





Kranke Gefangene

18.9.2019 – Die Grünen-Fraktion beklagt eine Unterversorgung von psychisch kranken und gestörten Gefangenen. Laut Studien seien bis zu 88 Prozent der Häftlinge psychisch erkrankt – es gehe u. a. um Suchterkrankungen, Depressionen und Psychosen. Die Zahl der Suizide liege „um ein Vielfaches höher als in der Allgemeinbevölkerung“. Betroffene Gefangene warteten oft monatelang auf einen Platz im einzigen Justizvollzugskrankenhaus in Fröndenberg. In ihrem Antrag „Die Versorgung psychisch kranker und gestörter Gefangener verbessern“ ([17/7371](#)) fordert die Fraktion u. a., die Belegbetten in der psychiatrischen Abteilung in Fröndenberg zu erhöhen. Zudem solle die Zusammenarbeit der Gefängnisse mit Honorarärztinnen und -ärzten ausgebaut werden, das psychologische Fachpersonal in den Anstalten müsse deutlich aufgestockt werden. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Rechtsausschuss (federführend) überwiesen.

Reitböden

18.9.2019 – Das Plenum hat sich mit dem Antrag der Grünen-Fraktion zur umweltverträglichen Zusammensetzung und Entsorgung von Reitböden befasst ([17/4793](#)). Reitböden enthielten sogenannte Zuschlagstoffe, denen „zunehmend Gemische aus Sand und synthetischen oder organischen Materialien“ beigemischt würden, heißt es im Antrag. Es handele sich um Vliese und Teppichreste, die etwa von der Automobilindustrie zur Verfügung gestellt würden. In einigen Fällen seien Böden durch Kabelreste kontaminiert, wodurch gefährliche Stoffe wie PCB und Blei in Boden, Wasser und Luft abgegeben worden seien. Die Fraktion fordert die Landesregierung auf, einen Kriterienkatalog zu erstellen, der die Beimischung von giftigen Zuschlagstoffen in Reitböden untersagt. Es müsse zudem eine Informationspflicht von Herstellern über die Zusammensetzung und Umweltauswirkungen von Reitböden entwickelt und gesetzlich verankert werden. Der

Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD abgelehnt. Die Fraktionen von SPD und Grünen stimmten für den Antrag.

Notfallversorgung

18.9.2019 – Kassenärztliche Vereinigungen sollen auch in Zukunft für die Organisation des medizinischen Notdienstes zuständig bleiben. Dies fordert die AfD-Fraktion in ihrem Antrag „Medizinische Notfallversorgung bedarf keiner staatlichen Regulierung – Kompetenzen bei den Kammern belassen“ ([17/7358](#)). Ein Diskussionsentwurf zur Reform der Notfallversorgung aus dem Bundesgesundheitsministerium sehe vor, die Bundesländer mit der Sicherstellung der Notfallversorgung zu beauftragen, heißt es in dem Antrag. Die Bundesärztekammer und Kassenärztliche Vereinigungen seien jedoch dagegen. Die Kassenärztlichen Vereinigungen kämen ihrem Versorgungsauftrag „vollumfänglich“ nach, schreibt die Fraktion. Die Landesregierung solle sich auf Bundesebene und in den zuständigen Gremien dafür einsetzen, dass der Sicherstellungsauftrag bei den Vereinigungen angesiedelt bleibt. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales überwiesen.

Gesundes Essen

19.9.2019 – Die SPD-Fraktion kritisiert die Essensversorgung in Schulen und Kindertagesstätten. Alle Kinder und Jugendlichen sollten eine gesunde und ausgewogene Ernährung in den Einrichtungen erhalten, fordert die Fraktion in einem Antrag ([17/7364](#)). Es mangle „sowohl an finanziellen, baulichen und personellen Voraussetzungen sowie an einem verpflichtenden Standard bzw. Orientierungsrahmen“. Jedes Kind in Nordrhein-Westfalen müsse Zugang zu Frühstück und einer kostenfreien, warmen und gesunden Mahlzeit pro Tag haben. Die Landesregierung solle einen Orientierungsrahmen zur Verpflegung in Schulen und Kitas entwickeln und dessen verpflichtende Einhaltung im Schul-

gesetz und Kinderbildungsgesetz festschreiben. Mit dem Bund solle ein Sonderinvestitionsprogramm zum Einbau von Küchen in Schulen und Kitas aufgelegt werden. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Schule und Bildung überwiesen.

Luftreinhaltepläne

19.9.2019 – Der Antrag „Luftreinhaltepläne zügig, zukunftssicher und verhältnismäßig anpassen“ ([17/7376](#)) der Fraktionen von CDU und FDP stand im Mittelpunkt einer Plenardebatte. Unter Berücksichtigung aktueller Messwerte und Forschungsergebnisse sollten die Luftreinhaltepläne überarbeitet werden, fordern die Fraktionen. Die Landesregierung solle Maßnahmen zur weiteren Senkung der Stickoxidemissionen gemeinsam mit den Kommunen umsetzen und sich für die Nach- oder Umrüstung von Bussen, Taxen und Fahrzeugen des Lieferverkehrs einsetzen. Auch emissionsarme Antriebsformen wie Autogas, Erdgas, Biogas, Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe sollten gefördert werden. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP angenommen. Die Fraktionen von SPD und Grünen stimmten dagegen, die AfD-Fraktion enthielt sich.

Kopftuch

19.9.2019 – Das Schulgesetz in Nordrhein-Westfalen solle um ein „Kinderkopftuchverbot“ an Schulen für Mädchen bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres ergänzt werden, fordert die AfD-Fraktion in einem Antrag ([17/7361](#)), über den das Plenum beraten hat. Vor rund einem Jahr habe sich die nordrhein-westfälische Staatssekretärin im Integrationsministerium, Serap Güler (CDU), für ein Kopftuchverbot für Mädchen in Kindergärten und Grundschulen eingesetzt, heißt es im Antrag. Integrationsminister Joachim Stamp (FDP) habe diese Auffassung geteilt. Er habe angekündigt zu prüfen, ob ein Tragen des Kopftuchs bis zum Erreichen der Religionsmündigkeit im 14. Lebensjahr untersagt werden könne. „Bis heute ließ das Ministe-



rium keine Fortschritte in der Sache verlaublichbar“, kritisiert die AfD-Fraktion im Antrag. Die Landesregierung solle daher u. a. eine gemeinsame Initiative mit Islamverbänden starten und Mädchen vom Tragen des Kopftuchs „verschonen“. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Schule und Bildung (federführend) überwiesen.

Schutz vor Loverboys

19.9.2019 – Die Landesregierung soll Mädchen und junge Frauen stärker vor „Loverboys“ schützen. Einem entsprechenden Antrag der Fraktionen von CDU und FDP („Die Loverboy-Methode: Sensibilisierung, Aufklärung und Prävention dringend erforderlich!“, [17/7377](#)) stimmten die Fraktionen von CDU und FDP. Die anderen Fraktionen enthielten sich. Ein Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und Grünen ([17/7429](#)) wurde mehrheitlich abgelehnt. Die Opfer würden „unter Vorspiegelung einer falschen Liebesbeziehung in ein emotionales Abhängigkeitsverhältnis gebracht“, um sie an die Prostitution heranzuführen und auszubeuten, heißt es in dem Antrag. Die bereits vorhandene Aufklärungskampagne solle fortentwickelt, weitere anonyme Online-Beratungen sollen geschaffen werden. Es müsse „verstärkt öffentlichkeitswirksam“ auf die Gefahren der Loverboy-Methode aufmerksam gemacht werden.

Europäische Union

19.9.2019 – Im zweiten Halbjahr 2020 übernimmt Deutschland turnusgemäß die EU-Ratspräsidentschaft. In einem Antrag fordert die SPD-Fraktion die Landesregierung auf, sich aktiv dafür einzusetzen, dass während dieser Zeit die Sozialunion forciert und Steuergerechtigkeit hergestellt werde ([17/7365](#)). Im Detail spricht sich die Fraktion u. a. dafür aus, dass die 2017 proklamierte Europäische Säule der sozialen Grundrechte „mit einer verbindlichen europäischen Sozialagenda“ umgesetzt werde. Der Landtag solle eigene Aktionen und Formate prüfen, um die deutsche Rats-

präsidentschaft auf Landesebene zu flankieren. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD abgelehnt. Die Grünen enthielten sich.

Künstliche Intelligenz

19.9.2019 – Die Fraktionen von CDU und FDP wollen die Entwicklung Künstlicher Intelligenz (KI) fördern. Ihr Antrag („Künstliche Intelligenz: Forschung und Innovation für Maschinelles Lernen voranbringen“, [17/7374](#)) wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Digitalisierung und Innovation (federführend) überwiesen. Die Digitalisierung erreiche mit dem Einsatz von KI „eine neue Stufe in der Verarbeitungsleistung und Anwendung neuer Geschäftsmodelle“, heißt es in dem Antrag. Die Landesregierung solle die Initiativen des Bundes zur KI-Forschung aktiv begleiten. Sie müssten auf den in den Ländern bereits vorhandenen Strukturen aufbauen. Für kleine und mittelständische Unternehmen solle ein Leitfadens „zum Einsatz, den Vorteilen und dem Umgang mit KI“ entwickelt werden.

Hambacher Forst

20.9.2019 – Der Landtag hat in einer Aktuellen Stunde über die Hintergründe der Räumung des Hambacher Forsts vor einem Jahr debattiert. Die Fraktionen von SPD und Grünen hatten die Aussprache beantragt („Die Landesregierung verstrickt sich in immer größere Widersprüche und muss dem Parlament gegenüber Aufklärung leisten“, [17/7445](#)). Konkret ging es um die Frage, ob das Waldstück, wie von der Landesregierung angegeben, aus Gründen des Brandschutzes geräumt wurde – oder um dem Energieversorger RWE die Rodung zu ermöglichen. Am Tag zuvor hatte die SPD-Fraktion in einem Eilantrag ([17/7423](#)) gefordert, die Akten zum Hambacher Forst „vollständig und ungeschwärzt“ vorzulegen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und FDP abgelehnt. SPD-Fraktionschef [Thomas Kutschaty](#) forderte die Landesregierung in der Aktuellen Stunde auf, für Klarheit zu

sorgen. „Was waren die wahren Gründe für die Räumung?“ Diese Frage beschäftigte die gesamte Gesellschaft. „Sie haben die Öffentlichkeit getäuscht über die wahren Motive“, warf Kutschaty der Landesregierung vor. Die Öffentlichkeit sei über die Hintergründe der Räumung „nachweislich getäuscht“ worden, sagte Grünen-Fraktionschefin [Monika Düker](#). Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) habe Vertrauen und Glaubwürdigkeit verspielt. Durch ein Rodungsmoratorium hätte er dem Konflikt „von Anfang an den Boden entziehen können und müssen“. [Fabian Schrupp](#) (CDU) wies die Kritik zurück und warf SPD und Grünen vor, eine „Schmierenskomödie“ aufzuführen. Die Landesregierung habe „umfangreiche“ Informationen zur Räumung des Hambacher Forsts zur Verfügung gestellt und „maximale Transparenz“ hergestellt. Die Opposition müsse aufhören, „unhaltbare Vorwürfe“ zu erheben. [Roger Beckamp](#) (AfD) kritisierte, die Landesregierung müsse sich das „Theater um den Hambacher Forst“ seit einem Jahr anhören, bewege sich aktuell aber auf „Samtpfötchen“, statt die Räumung fortzusetzen und geltendes Recht durchzusetzen. „Sie tun es nicht und das ist das Problem.“ [Marc Lürbke](#) (FDP) sprach von einer „absurden Debatte“, sie gehe „völlig am Thema vorbei“. Es sei „allerhöchste Zeit“ gewesen, dass der Rechtsstaat konsequent im Hambacher Forst auftrete. Dort hätten sich „gewaltbereite Chaoten in Baumhäusern eingenistet“. Die vorherige rot-grüne Landesregierung habe nichts dagegen unternommen. Innenminister [Herbert Reul](#) (CDU) betonte, die Vorwürfe der Opposition seien alle widerlegt worden. Die Landesregierung habe u. a. 24 Kleine Anfragen zu dem Thema beantwortet und 22 Aktenordner freiwillig zur Einsicht zur Verfügung gestellt. Die Opposition werfe immer Neues vor, obwohl alles geklärt sei. Ministerpräsident [Armin Laschet](#) (CDU) sagte, es sei darum gegangen, geltendes Recht durchzusetzen. Er wundere sich, dass die Durchsetzung des Rechtsstaates erklärt werden müsse. Der Brandschutz habe ebenfalls eine Rolle gespielt. 2018 sei der Hitzesommer schlechthin gewesen.

Haushaltsberatungen haben begonnen

18. September 2019 – Der Landtag hat sich in erster Lesung mit dem Entwurf der Landesregierung für den Haushalt 2020 befasst. Er sieht ein Gesamtvolumen von rund 80 Milliarden Euro vor. Finanzminister Lutz Lienenkämper (CDU) sprach von einer Haushaltspolitik von „Maß und Mitte“. Die Opposition nutzte die Beratung für generelle Kritik an der Politik von CDU und FDP zur Halbzeit der Legislaturperiode.

Finanzminister **Lutz Lienenkämper** (CDU) betonte in seiner Einbringungsrede, „Maß und Mitte“ charakterisierten die Haushaltspolitik der Landesregierung von CDU und FDP. Sie werde die „gewaltigen Investitionsausgaben“ stemmen und zeitgleich mit dem auskommen, was das Land einnehme. Und dies trotz einer „konjunkturellen Delle“ und rund 840 Millionen Euro weniger Einnahmen als erwartet. Rufen nach einem Abschied von der Politik der „schwarzen Null“ erteilte Lienenkämper eine Absage. Als Schwerpunkte des Haushaltsentwurfs 2020 nannte der Minister u. a. die Bildung mit zusätzlichem Geld in Höhe von 6,8 Milliarden Euro seit Regierungsübernahme. Weitere Schwerpunkte seien die Digitalisierung, die Stärkung der Inneren Sicherheit und ein modernes Straßenverkehrsnetz.



Thomas Kutschaty (SPD)

SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschaty** kritisierte, von CDU und FDP sei nichts Neues mehr zu erwarten, sie hätten „ihr Pulver verschossen“. Dabei habe keine andere Landesregierung in NRW so gute Ausgangsvoraussetzungen gehabt wie die jetzige. Sie habe einen ausgeglichenen Haushalt übernommen, die Steuereinnahmen seien so hoch wie nie. Noch nie habe eine Regierung aber so wenig aus guten Vorausset-

zungen gemacht. Schwarz-Gelb scheitere an den eigenen Ansprüchen, versage bei der Lösung der Probleme des Landes und enttäusche die Wählerinnen und Wähler. Konkret nannte Kutschaty u. a. Versäumnisse beim Kampf gegen den Lehrermangel und gegen Staus auf den Straßen. Er forderte zudem eine komplette Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und der Kita-Gebühren.



Finanzminister Lutz Lienenkämper (CDU)

– Schlagabtausch über Etat 2020



Fotos: Schälte

Bodo Löttgen (CDU)

Christof Rasche (FDP)

Monika Düker (Grüne)

Markus Wagner (AfD)

Der CDU-Fraktionsvorsitzende **Bodo Löttgen** wies darauf hin, die rot-grüne Vorgängerregierung habe zwischen den Jahren 2010 und 2017 Schulden in Höhe von 15 Milliarden Euro angehäuft. Seit Beginn der aktuellen Legislaturperiode im Jahr 2017 habe die schwarz-gelbe Landesregierung dagegen 542 Millionen Euro Schulden abgebaut – ein Erfolg, lobte Löttgen. Zudem habe die aktuelle Landesregierung die Investitionen für 2020 auf 8 Milliarden erhöht. Das Geld investiere sie etwa in Schulen, die Digitalisierung, den Verkehr, Sportstätten, Krankenhäuser, den Klima- und Umweltschutz sowie den Strukturwandel im Rheinischen Revier. Die Vorgängerregierung habe Investitionen dagegen deutlich zurückgefahren, bemängelte Löttgen. Darunter litten Kommunen und das Land bis heute.

Die Landesregierung investiere trotz sprudelnder Steuereinnahmen zu wenig in die öffentliche Infrastruktur, kritisierte die Grünen-Fraktionsvorsitzende **Monika Düker**. Dies sei das „zentrale Problem“ des vorgelegten Haushaltsentwurfs. Dabei seien die Voraussetzungen „optimal“: Das Haushaltsvolumen für 2020 sei um zwei Milliarden Euro gegenüber 2019 gestiegen. Die Landesregierung erhöhe die öffentlichen Investitionen jedoch nur um „mickrige“ 100 Millionen. Die mittelfristige Finanzplanung sehe sogar vor, Investitionen bis 2023 auf 7,8 Milli-

arden Euro zu senken, sagte Düker. Es brauche deutlich mehr Geld, um etwa Schulen, Sportstätten und Studierendenwohnheime zu sanieren, Kommunen zu entlasten und Maßnahmen für den Umwelt- und Klimaschutz anzustoßen.

Bildung als Priorität

„Investieren, entlasten, keine Schulden machen“ – das sei die „solide Finanzpolitik dieser Regierung“, sagte FDP-Fraktionschef **Christof Rasche**. Dabei habe man die „riesigen Herausforderungen unserer Zeit“ im Blick. Das Ziel: „Chancen für alle.“ Klare Priorität habe im Landeshaushalt das Thema Bildung. „Zwei wache Augen“, so Rasche, habe die Koalition für eine „vernünftige Sozialpolitik“; besondere Bedeutung komme dem Wohnungsbau zu. CDU und FDP hätten zudem eine völlig neue Sicherheitspolitik auf den Weg gebracht und mehr Stellen für die Polizei geschaffen. „2.500 Anwärterstellen können wir anbieten“, sagte Rasche. Das sei in Nordrhein-Westfalen ein „absoluter Rekord“. Hinzu kämen Verwaltungsangestellte, die die Polizistinnen und Polizisten entlasteten.

AfD-Fraktionschef **Markus Wagner** kritisierte, dass die Landesregierung keine Schulden abbau. In den drei Jahren ihrer Haushaltsverantwortung habe sie „zusätzliche Steuern

von knapp 18 Milliarden Euro vereinnahmt“, jedoch nur 572 Millionen Euro für den Schuldenabbau zurückgelegt. Dies sei keine solide und bürgerliche Finanzpolitik, sagte Wagner. Zu einer sorgenfreien Zukunft gehöre die Schuldenfreiheit. Dass die „schwarze Null“ noch gehalten werde, führte Wagner vor allem auf die „Null-Zins-Politik der Europäischen Zentralbank“ zurück. Er sprach die gestiegenen Wohnungsmieten an, die u. a. auf Geflüchtete zurückzuführen seien; außerdem einen „massiven Freiheitsverlust“, weil viele Menschen im öffentlichen Raum um ihre Sicherheit fürchteten. *wib, tob, zab*

Eckdaten

Die Pläne der Landesregierung sehen ein Haushaltsvolumen von 79,9 Milliarden Euro vor, zwei Milliarden mehr als in diesem Jahr. Die Steuereinnahmen werden auf 65,2 Milliarden Euro beziffert (2019: 61,5). 28,8 Milliarden Euro (27,8) fließen in Personalausgaben, 8 Milliarden Euro (7,9) sind für Investitionen vorgesehen. Schwerpunkte des Entwurfs sind nach Angaben des Finanzministeriums die Bereiche Familie, Innere Sicherheit, Bildung und Kultur, Digitalisierung und Infrastruktur, Wissenschaft und Forschung, Sport und Gesundheit sowie Attraktivität und Effizienz der Landesverwaltung.

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachennummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020) | [17/7200](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 18. September 2019 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Finanzplanung 2019 bis 2023 des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/7201](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 18. September 2019 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsgesetz 2020) | [17/7203](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 18. September 2019 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Fünftes Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung | [17/7318](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 18. September 2019 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2020 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2020 – GFG 2020) und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes | [17/7202](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 18. September 2019 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gesetz zur Änderung des Pensionsfondsgesetzes Nordrhein-Westfalen | [17/6887](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 18. September 2019 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Fünftes Gesetz zur Änderung des Kirchensteuergesetzes | [17/7319](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 18. September 2019 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gesetz zur Änderung des Fachhochschulgesetzes öffentlicher Dienst und weiterer Gesetze | [17/7320](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 18. September 2019 | Überweisung an den Innenausschuss

Gesetz zur Erhöhung der Transparenz bei Beteiligungen politischer Akteure an Medien (Medientransparenzgesetz NRW) | [17/7360](#) | AfD | 1. Lesung am 19. September 2019 | Überweisung an den Ausschuss für Kultur und Medien

Gesetz zum Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Tieren wildlebender Arten (Gefahrtiergesetz – GeffTierG NRW) | [17/7367](#) | Grüne | 1. Lesung am 20. September 2019 | geplant: Überweisung an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz; Abstimmung nach Redaktionsschluss

Gesetz zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Bildung | [17/6726](#) | Landesregierung | Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Präimplantationsdiagnostikgesetzes Nordrhein-Westfalen und des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsdienst des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/6682](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer | [17/6758](#) | AfD | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Stärkung der direkten Demokratie | [17/6586](#) | AfD | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Hochschulzulassung und zur Neufassung des Hochschulzulassungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen | [17/6538](#) | Landesregierung | Hauptausschuss | in Beratung

Umsetzungsgesetz zum Dritten Staatsvertrag zur Änderung des Glücksspielstaatsvertrages in Nordrhein-Westfalen | [17/6611](#) | Landesregierung | Hauptausschuss | in Beratung

Zweites Gesetz zur Änderung des Heilberufsgesetzes | [17/5978](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz über die unabhängige Beauftragte oder den unabhängigen Beauftragten für die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen (Polizeibeauftragtengesetz Nordrhein-Westfalen – PolBeaufG NRW) | [17/6147](#) | Grüne | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Einführung der Zustimmungswahl für Bürgermeister und Landräte | [17/6267](#) | AfD | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landeskrebsregistergesetzes | [17/5587](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Stärkung der kulturellen Funktion der öffentlichen Bibliotheken und ihrer Öffnung am Sonntag (Bibliotheksstärkungsgesetz) | [17/5637](#) | CDU und FDP | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Verfassungsänderung – Wahlalter auf 16 Jahre absenken) | [17/5619](#) | SPD | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Einführung einer pauschalen Beihilfe | [17/5620](#) | SPD | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die NRW.BANK | [17/4800](#) | CDU und FDP | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen | [17/4115](#) | SPD | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zur Stärkung religiöser und weltanschaulicher Neutralität der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/3774](#) | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Transplantationsgesetzes (AG-TPG) vom 9. November 1999 in der Fassung vom 13. Februar 2016 | [17/2121](#) | CDU und FDP | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Sanierungsfall: Wasserstraßen

Sachverständige äußern sich im Verkehrsausschuss zu Problemen der Binnenschifffahrt

4. September 2019 – Nordrhein-Westfalen ist ein Land ohne Küsten, liegt aber an der Schnittstelle wichtiger europäischer Wasserstraßen. Wie das Kanalnetz saniert und ausgebaut werden sollte, dazu haben sich Sachverständige bei einer Anhörung im Verkehrsausschuss geäußert.

Der Anhörung lagen zwei Anträge zugrunde. Die Fraktionen von CDU und FDP stellen in ihrem Antrag „Binnenschifffahrt in Nordrhein-Westfalen stärken – Wasserwege leistungsfähig halten“ (17/5366) fest, die Binnenschifffahrt nehme in Nordrhein-Westfalen beim Transport von Rohstoffen und Gütern eine herausragende Rolle ein. Der Wasserverkehr müsse ausgebaut und der „massive Sanierungsstau“ behoben werden. Die Landesregierung solle dazu mit dem Bund und der Wasserschifffahrtsverwaltung einen Aktionsplan erarbeiten. Ziel sei, begonnene Sanie-

rungs-, Ertüchtigungs- und Erweiterungsmaßnahmen des Bundesverkehrswegeplans bis 2025 und weitere Maßnahmen dieses Plans bis 2030 umzusetzen.

Der Antrag der SPD-Fraktion trägt den Titel: „Verschläft die Landesregierung die Instandhaltung des Kanalnetzes in NRW? Wann kommt endlich Akut-Hilfe für den maroden Wesel-Datteln-Kanal?“ (17/5624) Es dürfe nicht abgewartet werden, bis Maßnahmen des Bundesverkehrswegeplans abgearbeitet seien. „Sofortiges Handeln ist erforderlich“, heißt es im Antrag. Nötig sei u. a. ein Krisen- und Notfallplan, um eklatante Schäden beispielsweise am Wesel-Datteln-Kanal zu reparieren. Die Ertüchtigung der Kanäle müsse bis 2024 abgeschlossen sein.

Foto: Schälte

Verzögerungen auf Kanälen

Dass Kanäle und Wasserstraßen dringend saniert werden müssen, darin stimmten alle Sachverständigen bei der Anhörung überein. Brücken sollten angehoben, Sohlen stabilisiert und Häfen gestärkt werden, forderten die Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen in ihrer gemeinsamen Stellungnahme. Die Infrastruktur der Wasserstraßen – besonders der Schleusen, Wehre und Düker – solle zudem dringend verbessert werden. Falle in einem Kanalabschnitt nur eine einzige Schleuse aus, bedeute dies häufig, dass die Wasserstraße mehrere Monate lang für den Transport nicht zur Verfügung stehe.

Im vergangenen Jahr sei es zu massiven Verzögerungen auf dem Wesel-Datteln-Kanal gekommen, da sogenannte Nischenpoller, an denen Schiffe in Schleusen festmachen, hätten gesperrt werden müssen, kritisierte der Bundesverband der Deutschen Binnenschifffahrt in seiner Stellungnahme. Die Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes solle „schnellstmöglich“ ein tragfähiges Sa-

nierungskonzept für die Binnenschifffahrt vorgehen. Die Forderungen in beiden Anträgen der Fraktionen seien grundsätzlich zu begrüßen. Es stelle sich aber die Frage, wie die Landesregierung Einfluss nehmen könne, da für die Infrastruktur von Wasserstraßen fast ausschließlich der Bund verantwortlich sei.

Auch der Bundesverband öffentlicher Binnenhäfen unterstützte die beiden Anträge der Fraktionen. Das Land NRW könne selbst zwar wenig für eine rasche Verbesserung der Infrastruktur tun, allerdings den politischen Druck auf die Bundesregierung „aufrechterhalten und noch einmal erhöhen“. Wo Landesbehörden und Kommunen vor Ort an Planungs- und Umsetzungshemmnissen beteiligt seien, könne das Land diese abbauen und verringern. „Dazu bedarf es einer aktiveren Rolle und ggf. der Weisungen seitens der Landesregierung.“

Das Land solle sich beim Bund zudem für mehr Personal bei der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung einsetzen, forderte der Verein Schifferbörse zu Duisburg-Ruhrort. Auch sollten Projekte des Bundesverkehrswegeplans neu priorisiert und beschleunigt werden.

Die Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes erklärte, die eigene Behörde setze alles daran, den Sanierungsstau aufzulösen; sie habe beispielsweise das Problem der Nischenpoller im vergangenen Jahr in den Griff bekommen, indem sogenannte Festmacher händisch beim Anlegen der Schiffe helfen. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen und offene Stellen in der eigenen Behörde zu besetzen, seien neue Studiengänge eingerichtet worden, etwa in Bochum.

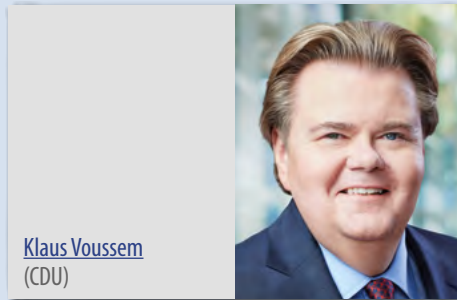
Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) Nordrhein-Westfalen stellte fest, dass auch mit Blick auf die Klimaverträglichkeit der Binnenschifffahrt immenser Nachholbedarf bestehe. „Besonders kritisch zu bewerten sind insbesondere die Stickoxidemissionen, da in vielen Großstädten entlang der Rheinschiene die Belastungen über den Grenzwerten der EU-Luftqualitätsrichtlinie liegen.“ Es müsse nachgerüstet werden – etwa durch Partikelfilter, um den Rußausstoß zu minimieren. Durch die Nachrüstung von Schiffsmotoren und Abgassystemen könnten Stickoxidemissionen um etwa 70 Prozent gesenkt werden. **tob**

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 10 und 11.

SCHWERPUNKT

Standpunkte

Meinungen zum Thema „Binnenschifffahrt“



Wasserstraßen in Nordrhein-Westfalen ...

... haben einen Anteil von fast 30% am Güterverkehr, darüber hinaus noch Kapazitäten, um den steigenden Güterverkehr umweltschonend aufzunehmen. Nicht umsonst sind wir Binnenschifffahrtsland Nr. 1. Wir wollen das volle Potential dieses Verkehrsträgers in Bundeszuständigkeit ausschöpfen und setzen uns für ein leistungsfähiges Wasserstraßennetz ein.

... sind Bundesverkehrswege. Finanzverantwortung und Baulast liegen beim Bund. Mit 720 km Binnenwasserstraßen (240 km Rhein, 480 km Kanäle) und 123 Häfen ist Nordrhein-Westfalen das Binnenschifffahrtsland Nummer 1 in Deutschland. Leider wird das vom Bund seit Jahren nicht angemessen gewürdigt, was die finanziellen Mittel für die Erhaltung und den Ausbau dieser Verkehrsinfrastruktur angeht. Ihr Zustand ist in weiten Teilen marode.

Der Bundesverkehrswegeplan ...

... führt wichtige Maßnahmen auf, um die Wasserstraßeninfrastruktur zu erhalten und auszubauen. Unser Ziel ist es, die Planungs- und Bauarbeiten zu verkürzen, laufende Projekte zügig abzuarbeiten und die Planungen für die weiteren Projekte zu starten. Der Einsatz des Landes für mehr Personal ist ein erster wichtiger Schritt, dem weitere folgen werden.

... 2030 für die Binnenwasserstraßen sieht zahlreiche Projekte in Nordrhein-Westfalen vor. Das ist zu begrüßen und basiert auf den guten Verhandlungen der ehemaligen rot-grünen Landesregierung mit Landesverkehrsminister Mike Groschek. Um die definierten Maßnahmen im gegebenen zeitlichen Rahmen zu realisieren, bedarf es aber einer besseren Personalausstattung der Wasser- und Schifffahrtsämter und der Nutzung externer Planungsdienstleister.

Sanierungsmaßnahmen ...

... sind unabdingbare Voraussetzung dafür, dass die Wasserstraße als Alternative zum Güterverkehr auf der Schiene und der Straße erhalten bleibt. Der Sanierungsstau ist aufgrund fehlender Investitionen in der Vergangenheit enorm. Daher ist es zwingend erforderlich, dass der Erhalt der bestehenden Schleusen und Kanäle schnell angegangen wird.

... sind gegenwärtig die entscheidende Aufgabe. An vielen Stellen ist der Zustand der Kanäle und der zugehörigen Infrastruktur, wie etwa Schleusen und Düker, marode. Hohe Störanfälligkeit, Kapazitätseinschränkungen und Sperrzeiten für Reparaturen beeinträchtigen deren Leistungsfähigkeit erheblich. Für viele Unternehmen am Wasser ist dieser Zustand mittlerweile existenzgefährdend. Wir haben 5 nach zwölf!

Priorität ...

... hat der Erhalt der Wasserstraße. Wir setzen uns darüber hinaus aber auch für den Ausbau der Wasserstraßeninfrastruktur ein. Beim Ausbau müssen insbesondere die ökologisch sinnvollsten und leistungsfähigsten Verkehrswege vorrangig betrachtet werden. Das bieten die Flüsse und Kanäle in unserem Land. Sie sind Lebensader für Mensch, Natur und Wirtschaft.

... muss die Instandhaltung haben. Wir brauchen einen Akut-Hilfeplan für die Binnenwasserstraßen in NRW, der mit konkreten Sofortmaßnahmen und entsprechenden finanziellen Mitteln unterlegt ist. Dafür muss sich die Landesregierung beim Bund deutlich stärker ins Zeug legen. Das Abarbeiten der Maßnahmen aus dem BVWP allein ist zu wenig und dauert zu lange. Die Instandhaltung sollte dringend priorisiert werden.



... sind unverzichtbar für unsere Industrie, allen voran Chemie und Stahl. Wasserstraßen sind eine ökologisch sinnvolle Alternative zum LKW-Verkehr und wichtig für Gefahrguttransporte. NRW hat eine Riesenchance, durch Verkehrsverlagerungen von der Straße aufs Wasser Kapazitäten besser zu nutzen. Als Binnenschiffahrtsland Nr. 1 laufen bei uns schon jetzt 30 % des Güterverkehrs über Wasserstraßen. Das wollen wir ausbauen.

... berücksichtigt endlich die vordringlichen Projekte für NRW: die „Rheinvertiefung“ sowie eine Vielzahl überfälliger Maßnahmen am westdeutschen Kanalsystem, allen voran dem Wesel-Datteln-Kanal. Nun wird nachgeholt, was jahrelang versäumt wurde.

... sind gerade im Kanalsystem überfällig. Etwa die Hälfte der Anlagen ist älter als 50 Jahre, 10% der Bauwerke sind vor 1900 entstanden. Die grundsätzliche Zuständigkeit für die Infrastruktur der Wasserstraßen liegt beim Bund, dennoch war NRW hier lange zu leise. Das hat sich jetzt auch dank der FDP-Fraktion geändert. Wir brauchen einen breiten politischen Konsens, um im Bund weiterzukommen. Dafür werben wir.

... haben Instandsetzungsarbeiten, dann Ausbaumaßnahmen. Vorrang haben die Bauwerke, von denen Leib und Leben der Bevölkerung abhängen. Ein Zusammenbruch von Teilen des Systems hätte dramatischen Folgen für den Wirtschaftsstandort NRW. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass alle für unsere Wirtschaft erforderlichen Maßnahmen umgesetzt werden.

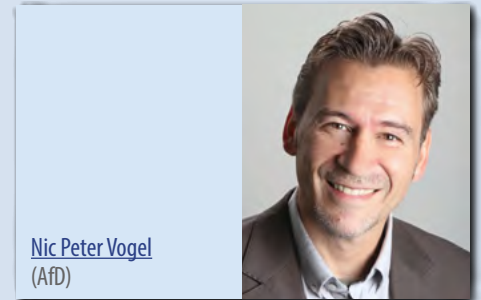


... sind neben der Schiene wichtig für eine Verkehrswende auch im Güterverkehr. Mehr Güter per Schiff bedeuten weniger LKWs auf den Straßen und damit weniger Lärm und Luftschadstoffe. Aber auch die Binnenschiffe müssen sauberer werden, durch Nachrüstung von Dieselfiltern und der Entwicklung neuer Antriebstechnologien.

... priorisiert die verschiedenen Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserstraßen. Daneben gibt es aber noch viele andere Infrastrukturverbesserungen, die auch angegangen werden müssen. Zum Beispiel sollten die geplanten Rheinvertiefungen mithilfe der Digitalisierung schonender umgesetzt und für die Binnenschiffahrt überall Landstrom verfügbar gemacht werden und die Nutzung verpflichtend sein.

... sind vor allem im Kanalnetz an den Schleusen dringend notwendig. Auf wichtigen Wasserstraßen, zum Beispiel beim Wesel-Datteln-Kanal, sind aufgrund der maroden Infrastruktur Industriebetriebe gefährdet. Doch fehlt es an notwendigem Personal für die Planung und Umsetzung, hier ist der Bund als zuständige Ebene dringend gefordert, mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter prioritär für die Sanierung der Wasserwege in NRW abzustellen.

... muss eine ökologisch verträgliche Gestaltung der Binnenschiffahrt und die Sanierung der vorhandenen Infrastruktur an den vorhandenen Wasserwegen haben. Dazu müssen alle technischen Möglichkeiten genutzt werden, um Eingriffe in die Natur weitgehend zu verhindern, entsprechend hochwertige Ausgleichs geschaffen und mehr Nachdruck in die Planung und Umsetzung der dringend notwendigen Sanierungsmaßnahmen gesteckt werden.



... sind grundlegender Bestandteil einer funktionierenden, variablen und auch umweltschonenden Verkehrsinfrastruktur. Dennoch ist kaum eine Brücke oder Schleuse in einem zufriedenstellenden Zustand. Die partielle Rheinvertiefung ist ein notwendiger Schritt zu einer verbesserten Leistung, mehr Umweltschutz und dem Streben, die Schiffstonne gegenüber dem LKW wieder konkurrenzfähig zu machen.

... berücksichtigt weder die Potentiale noch den dringenden Ertüchtigungsbedarf der angeführten Objekte. Die Landesregierung erhält zwar jetzt mehr Gelder vom Bund, doch reichen diese nicht zur Bewältigung der bevorstehenden Mammut-Aufgaben aus. Aufgrund der mangelhaften Infrastruktur wird NRW weiterhin jährlich rd. eine Milliarde Euro an Einnahmen entgehen – ein eigentlich leicht vermeidbares Versäumnis!

... sind an fast allen Stellen unumgänglich, können allerdings lediglich den Status quo erhalten. Ein Blick auf z. B. die vielen sich in einem desolaten Zustand befindlichen Brücken macht deutlich, dass meist Komplettsanierung oder Neubau erforderlich ist. Das betrifft zahlreiche Gebäude oder sogar Verkehrswege. Es sind damit gewaltige Aufgaben für die nächsten Jahren und Jahrzehnten zu bewältigen.

... müssen die Knotenpunkte haben, an denen der Sanierungsstau die Aufrechterhaltung des Verkehrsflusses akut gefährdet. Grundsätzlich ist allerdings zu berücksichtigen, dass unsere Wasserwege ein synergetisch in sich greifendes System darstellen und jeder Engpass und jede Baumaßnahme die andere tangiert – Sanierungsbedarf besteht an fast jeder Brücke, Schleuse oder den Wasserverkehrswegen generell.

Ein Riesenloch und Pferde mit Nummernschildern

September 2019 – Landtag Intern wird 50. Aus Anlass des runden Geburtstags blickt die Redaktion auf die landespolitische Berichterstattung der vergangenen Jahrzehnte zurück und veröffentlicht noch einmal Auszüge aus Originaltexten. In dieser Folge stehen die 1980er-Jahre im Mittelpunkt. Die damals gültige Rechtschreibung wurde beibehalten.

Reiten im Wald

Mit überwältigender Mehrheit hat der Landtag am 28. Februar das neue NRW-Forstgesetz beschlossen. Einer der wichtigsten Punkte: Reitpferde müssen künftig Nummernschilder tragen, und das Reiten im Wald ist auf gekennzeichnete Wege beschränkt. Ungeachtet der Proteste aus Reiterkreisen beschloß das Parlament auch eine Abgabe von 50 DM pro Pferd. Mit diesem Geld sollen die Reitwege unterhalten werden. (März 1980)

Wohnungsnot

Weitgehende Einigkeit kennzeichnete eine Pressekonzferenz, bei der am 7. November der Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen eine erste Problemanalyse aus den drei vorangegangenen öffentlichen Anhörungen der kommunalen Spitzenverbände, der Wohnungswirtschaft und der Architektenkammer der Öffentlichkeit vorlegte. Übereinstimmend wurde ein neuer Bedarf an Wohnungen in Nordrhein-Westfalen festgestellt; die Schätzungen schwankten dabei zwischen 200.000 und 250.000 Wohneinheiten. (November 1980)

Gesamtschule

In 3. Lesung hat der Landtag am 16. Juli mit den Stimmen der SPD-Fraktion den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Schulverwaltungsgesetzes verabschiedet und damit den Weg dafür geöffnet, die Gesamtschule nach zwölf Jahren aus ihrem Versuchsstadium zu entlassen und als gleichberechtigte Angebotsschule neben das dreigliederte Schulsystem treten zu lassen. (Juli 1981)

National-Elf für Paderborn

Die Oberligamannschaft des TuS Neuhaus bei Paderborn könnte bald Konkurrenz im eigenen Haus bekommen. (...) Die Rede ist vom Kader der ehemaligen afghanischen Fußballnationalmannschaft, deren Mitglieder sich fast vollständig aus ihrer alten Heimat abgesetzt und in Paderborn eine neue Bleibe gefunden haben. (...) Dieses Happyend war nur möglich, weil der frühere Kapitän der Nationalmannschaft (...) sich nach Kräften für die Zusammenführung engagierte und dabei auf die Hilfe Paderborner

Bürger zählen konnte, die amtliche Bedenken wegen einer drohenden „Überfremdung“ durch afghanische Flüchtlinge keineswegs teilten und alle Hebel in Bewegung setzten, um Einreisevisa für die Asylsuchenden zu erlangen. Nicht

zuletzt war es der Petitionsausschuß des Düsseldorfer Landtags, der mit der Angelegenheit befaßt wurde und sich erfolgreich einschaltete. (Januar 1982)

Sorge um 2000

Erhebliche politische, wirtschaftliche und soziale Probleme bis zur Jahrhundertwende prognostiziert der Landesentwicklungsbericht 1980 der Landesregierung, den der Landtag in 1. Lesung behandelte. Sorgen über das Ausländerproblem, fehlende Arbeitsplätze für Jugendliche, überproportionaler Zuwachs älterer Menschen und die einseitige Wirtschaftsstruktur mit der ungelösten Stahlkrise kennzeichneten die mehrstündige Debatte. (Februar 1982)

Riesenloch

Fünf Jahre nach dem ersten Spatenstich zum „größten Loch der Erde“ haben die Abraum-bagger im Tagebau Hambach das erste Kohleflöz erreicht. Das 150 Meter starke Deckgebirge im Abschnitt ist abgetragen. Mit der Förderung der ersten Kohle wurde ohne Aufsicht begonnen, nachdem das Vorhaben der Rheinischen Braunkohlenwerke AG (Rheinbraun) und die Auswirkungen eines so gigantischen Eingriffs in die Natur noch immer gegensätzlich diskutiert werden. (Januar 1984)

Privatfernsehen

Die Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen – derzeit hat sie rund 170 Mitglieder – hat am 2. April im Düsseldorfer Landtagsgebäude ihre Jahreshauptver-



sammlung abgehalten. (...) Mittelpunkt der Jahreshauptversammlung war ein Referat des ehemaligen Ministerpräsidenten Heinz Kühn, Mitglied des Verwaltungsrates des Westdeutschen Rundfunks (WDR). Kühn sprach über die neuesten medienpolitischen Entwicklungen und machte dabei keinen Hehl aus seiner Skepsis über den medienpolitischen Schwenk seiner Partei in Sachen Privatfernsehen. Kühn warnte eindringlich vor dieser „modernen Büchse der Pandora“. Er sei überzeugt, daß die Berieselung via Satellit und Kabel zu einer allgemeinen Senkung des kulturellen Niveaus führen werde. Die Fähigkeit der Menschen zu Gespräch und Reflexion werde verkümmern. Der Medienpolitiker sagte einen „erbarmungslosen Wettbewerb zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Systemen“ voraus und prognostizierte ein Zeitungssterben, wenn, wie sich abzeichne, die privaten Programmangebote monopolartig über die Werbung finanziert und die öffentlich-rechtlichen Anstalten tendenziell auf die Gebühreneinnahmen verwiesen würden. (April 1984)

Tschernobyl

Obwohl die Bundesrepublik im Fall des Reaktorunfalls in Tschernobyl noch einmal „mit einem blauen Auge“ davongekommen sei, sehen alle Fraktionen im Landtag die nordrhein-westfälische Energiepolitik vor einer Wendemarke. Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) betonte in einer Regierungserklärung seine Absicht, langfristige in der Energie-

versorgung von der Kernspaltung auf andere Energien umzusteigen. (Juni 1986)

Neuer Landtag

Mit einem Festakt wurde das neue Haus des nordrhein-westfälischen Landtags, wie in der Sonderausgabe von „Landtag intern“ bereits beschrieben, am 2. Oktober, einem herrlichen Herbstsonntag, seiner Bestimmung übergeben. Landtagspräsident Karl Josef Denzer nannte den Parlamentsneubau ein Haus für 17 Millionen Bürgerinnen und Bürger. An der Festveranstaltung nahmen viele Spitzenvertreter des politischen und öffentlichen Lebens teil. (Oktober 1988)

Gladbecker Geiseldrama

Auf Antrag der CDU und der F.D.P. setzte der Landtag am 14. Dezember den III. Parlamentarischen Untersuchungsausschuß ein, der die Vorgänge beim Polizeieinsatz beim Gladbecker Geiseldrama untersuchen soll. Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) mahnte mit Blick auf die weitere Verbrechensbekämpfung, den Ausschuß „so zu fahren“, daß nicht weitere Informationen über Polizeitaktiken an

Der Landtag NRW kurz nach seiner Fertigstellung im Jahr 1988

„solche Menschen gelangen können, die es wissen wollen“. Hubert Doppmeier (CDU) begründete den Antrag der Opposition mit der Notwendigkeit lückenloser Aufklärung des „einmaligen Vorgangs in der Polizei- und Kriminalgeschichte“ der Bundesrepublik und seines traurigen Ausgangs. Es sei bedrückend, daß es drei Tage lang drei Kriminellen gelungen sei, den Staat als ohnmächtig vorzuführen. (Dezember 1988) SOW

50. Jahrgang

Die Parlamentszeitschrift Landtag Intern erscheint im 50. Jahrgang. In loser Folge berichtet die Redaktion über den anstehenden runden Geburtstag. Im ersten Teil (1/2019) ging es um die „Geburt“ von Landtag Intern und um die erste Ausgabe. In der zweiten Folge (3/2019) beschrieb die Redaktion, wie ein Heft entsteht. In Folge drei (5/2019) warf sie einen Blick zurück auf die Landespolitik der 1970er-Jahre. Wer mehr lesen will: Auf der Homepage des Landtags (www.landtag.nrw.de) finden sich alle Ausgaben der Parlamentszeitschrift von den Anfängen bis heute.

Sitzung

AUS DEN FRAKTIONEN

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Wasser in all seinen Bewegungen

Bis zum 28. Oktober zieren die fotografischen Experimente von Karin Gille das Foyer der CDU-Landtagsfraktion. Die „Foto-Gemälde“ der gebürtigen Düsseldorferin stehen im Mittelpunkt der neuen Ausstellung „Wasserfarben“.

„Sie weiß das Element Wasser zu behandeln, indem sie es mit der Kamera einfängt und

den Moment auf der Leinwand präsentiert“, so Bodo Löttgen zu den Bildern. Er selbst hat Karin Gille, die heute in Oberberg, dem Wahlkreis Löttgens, zu Hause ist, bei einer vorherigen Vernissage kennengelernt und war von ihrer Kunst beeindruckt. Aus diesem Grund lud er sie ein, ihre Bilder für Kunstbegeisterte im Landtag

auszustellen. „Die Vielfältigkeit und Vielfarbigkeit ihrer Bilder zeugen von ihrem achtsamen Hinschauen auf die kleinen schönen Dinge unserer Natur.“

„Ich fotografiere auf bewegtes Wasser und weiß nie, was daraus entsteht. Am Ende wähle

ich besondere Ausschnitte aus den Fotografien aus“, so die Künstlerin zu ihrem Schaffensprozess. In ihren Bildern beschäftigt sich Karin Gille mit den Bewegungen des Wassers sowie den Lichteinflüssen und Spiegelungen in den verschiedenen Jahreszeiten. So entstehen immer neue Kompositionen von Licht und Farbe.

Die „Wasserbilder“ entstanden bei Wanderungen auf Samos und in ihrer Heimat, dem Bergischen Land. Karin Gille wendet sich aktiv dem Schutz der Natur zu und möchte die Menschen anregen, achtsamer und bewusster mit der Natur umzugehen.



Ausstellung „Wasserfarben“ in der CDU-Landtagsfraktion



Karin Gille, Fotokünstlerin; Bodo Löttgen, CDU-Fraktionsvorsitzender



Gelungener Ganzttag: Gut. Gerecht. Gesund.

Die SPD-Fraktion im Landtag NRW setzt in dieser Legislaturperiode einen Schwerpunkt auf die Weiterentwicklung des schulischen Ganztags. Für die „Zukunft des Ganztags“ hat sie ein Konzept mit sieben Thesen entwickelt, das sie zurzeit in zahlreichen Veranstaltungen vor Ort mit den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land diskutiert.

Das Konzept sieht dabei auch einheitliche Qualitätsstandards für gesundes Essen in Kitas und Schulen vor. Mit einem entsprechenden Antrag fordert sie die Landesregierung dazu auf, einen Orientierungsrahmen für gesunde Kita- und Schulverpflegung zu entwickeln.

„Zu einem guten Ganzttag gehört auch gesundes Essen. Leider herrschen in unseren Kitas und an unseren Schulen aber qualitativ sehr große Unterschiede“, bemängelt die stellvertretende



Fraktionsvorsitzende Eva-Maria Voigt-Küppers die aktuelle Situation. Nur ein geringer Anteil der Schulen produziere Mahlzeiten in einer Frischküche, während fast die Hälfte verzehrfertiges Essen serviere. „Das wollen wir perspektivisch ändern.“

Tatsächlich fehlen einheitliche Qualitätsstandards bislang völlig. Dabei raten Ernährungswissenschaftler dringend dazu. Denn eine gute Essensversorgung ist ein wichtiger Bestandteil

für ein gelingendes Aufwachsen unserer Kinder. „Jedes Kind muss Zugang zu mindestens einem gesunden, warmen und kostenfreien Essen pro Tag haben“, so Voigt-Küppers weiter.

Das Ziel müsse lauten, in Kitas und Schulen perspektivisch flächendeckend Frischküchen zu etablieren. Voigt-Küppers: „Das lässt sich auch gut mit ernährungspädagogischen Konzepten verbinden.“ Von Schulministerin Gebauer fehle bisher aber jede Initiative. Es gibt keinerlei Bereitschaft, die erforderlichen Finanzmittel in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden. „Mal wieder überlässt die Schulministerin die Bildungspolitik dem Finanzminister.“



Halzeitbilanz der FDP-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen

Es wird Herbst und die Hälfte der Legislaturperiode ist bald erreicht. Die FDP-Fraktion nimmt das zum Anlass, bei ihrer Halzeitbilanz-Tour auf bereits erreichte Meilensteine zurückzublicken und über die Aufgaben und Herausforderungen zu sprechen, die in den bevorstehenden 2,5 Jahren noch zu meistern sind. Bei fünf Veranstaltungen in NRW treten der Fraktionsvorsitzende Christof Rasche, der Parlamentarische Geschäftsführer Henning Höne und ihre Kolleginnen und Kollegen in den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern. Die Auftaktveranstaltung der Tour fand im Landtag von Nordrhein-Westfalen statt. Der Einladung folgten rund 150 Gäste.

2.500 Stellen für Kommissaranwärter, 35 Talentschulen für sozial herausgeforderte Stadtteile, vier Entfesselungspakete für die



Wirtschaft, Reform des Kinderbildungsgesetzes auf den Weg gebracht, Beschleunigung von Autobahnbaustellen, Wiedereinführung von G9 an Gymnasien, mehr Freiheit für Hochschulen, mehr Unterstützung für den Sport, 500 bereits vergebene Gründerstipendien – die

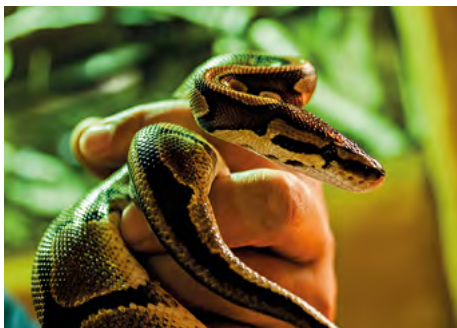
Liste des bisher Erreichten ist lang. 28 Abgeordnete der FDP-Landtagsfraktion arbeiten für mehr Chancen, mehr Fortschritt, mehr Freiheit und mehr Sicherheit im Land. „In vielen Bereichen ist es gelungen, Trendwenden herbeizuführen. Aber bei allen Erfolgen bleibt noch eine Menge zu tun, damit NRW noch mehr Chancen für die Bürgerinnen und Bürger bieten kann. Daran arbeiten wir jeden Tag“, betonte Christof Rasche.

In der lebhaften Diskussion mit den Gästen gab es Fragen, konstruktive Kritik und Ideen sowie viel Lob für die geleistete Arbeit.



Grüne legen Gesetz zur Haltung von Gefahrtieren vor

Die entflohene Kobra in Herne sowie der im Mülleimer entdeckte Königspython in Bönen zeigen, dass die Haltung hochgiftiger und tödlicher Tiere eine Bedrohung für die Gesundheit und das Leben der Menschen darstellen kann. Da sich die Haltung gefährlicher Tiere



in Privathaushalten jedoch seit Jahren zunehmender Beliebtheit erfreut, brauchen wir hierfür verbindliche Regeln. Daher legt die Grüne Landtagsfraktion nun einen Entwurf für ein Gefahrtiergesetz vor.

Die Haltung besonders gefährlicher und tödlicher Tiere in Privatwohnungen wird durch dieses Gesetz verboten. Außerdem sind den zuständigen Kreisordnungsbehörden gefährliche Tiere zu melden, um auch Unbeteiligte bei Zwischenfällen besser zu schützen. Die volljährigen Halter müssen außerdem einen Sachkundenachweis erbringen. Für etwaige entstehende Kosten bei Rettungseinsätzen soll außerdem das Verursacherprinzip konsequenter angewandt werden, die jedoch über eine Art Haftpflichtversicherung abgesichert werden.

Neben dem Punkt der Gefahrenabwehr ist die Haltung gefährlicher Tiere auch aus Tierschutzgründen problematisch. Viele Tierhalter unterschätzen, wie anspruchsvoll und auch teuer die Haltung dieser Tiere ist. Daher sollen zukünftig die Tierhaltungen auch auf Sicherheit und artkonforme Haltungsbedingungen kontrolliert werden. Damit dient der Gesetzentwurf nicht nur der Sicherheit der Bevölkerung, sondern ist auch für den Tierschutz ein wichtiger Schritt nach vorne.



Kompetenz statt Quote: Frauen in der AfD-Fraktion

Wenn Gabriele Walger-Demolsky in einer Fraktionssitzung das Wort ergreift, hat sie gleich die volle Aufmerksamkeit der Kollegen und Mitarbeiter: Mit dem Ressort Integration verantwortet die AfD-Politikerin, die u.a. noch kulturpolitische Sprecherin ihrer Fraktion ist, eines der Kernthemen ihrer Partei, dementsprechend interessiert wird ihr zugehört. Als stv. Fraktionsvorsitzende übernimmt sie zudem noch etliche organisatorische und repräsentative Aufgaben.



Gabriele Walger-Demolsky



Iris Dworeck-Danielowski

gerne völlig verzerrt dargestellte Familienbild der AfD immer wieder erklären und politisch umsetzen, sie ist darüber hinaus kinder- und jugendpolitische Sprecherin und mitverantwortlich für Soziales. Auch dieser Komplex stellt einen bedeutenden

Bereich des AfD-Programms dar.

Die beiden Frauen zählen zu den Leistungsträgern ihrer Fraktion und sitzen dort ganz ohne Quotenregelung. Kompetenz und starke Persönlichkeit, gepaart mit politischem Gestaltungswillen, waren die ausschlaggebenden Kriterien für ihre Wahl. Beide blicken auf ein erfolgreiches Berufsleben zurück und behaupten

sich seit Jahren souverän und äußerst engagiert auf dem politischen Parkett.

Sie verkörpern den Anspruch ihrer Fraktion, sich um die tatsächlichen Anliegen und Belange der Bürger in NRW zu kümmern, mit Fleiß und hohem persönlichen Einsatz. Beide lehnen übrigens jegliche Quotierung ab und beweisen tagtäglich, dass Frauen keine Hilfestellung benötigen, um sich gegen männliche Konkurrenz durchzusetzen. Dass sie dies mit Charme und Esprit tun, braucht dennoch nicht unerwähnt zu bleiben.



Holocaust-Überlebende warnt:

2. September 2019 – „Heimat ist für mich, wo ich wohne“, sagt Inge Auerbacher. Sie wohnt in New York, im Stadtteil Queens. Ihre Nachbarn sind Hindus, Christen, Muslime. Sie selbst stammt aus Kippenheim im Schwarzwald, wuchs in Schwaben auf. 1942 wurde sie als Kind von den Nazis ins Konzentrationslager Theresienstadt verschleppt. 20 ihrer nächsten Verwandten starben dort.



Eindringlich berichtete Inge Auerbacher den Jugendlichen von ihren Erfahrungen in der Nazizeit.

Eine gutgelaunte, humorvolle alte Dame betritt den Plenarsaal. Dort warten mehr als hundert Jugendliche. Es handelt sich um Schülerinnen und Schüler aus Düsseldorf, Ratingen und Bottrop. Teilnehmerinnen und Teilnehmer des diesjährigen Jugend-Landtags sind ebenfalls gekommen, um Inge Auerbacher zu hören.

„Wir gehören zusammen“

Zweieinhalb Stunden zuvor war die 84-Jährige am Düsseldorfer Flughafen gelandet. Trotz der langen Reise wirkt sie frisch und ausgeruht. Sie scherzt mit den Jugendlichen, geht auf sie zu, lässt sich mit ihnen fotografieren. Man spürt:

Die Begegnungen machen ihr Freude. Inge Auerbacher erzählt von Queens und den vielen Menschen unterschiedlicher Nationalität und unterschiedlichen Glaubens, die dort friedlich zusammenleben; von der Familie aus Bangladesch, die neben ihr wohnt, und den Hindus aus Guyana gegenüber. „Für mich gibt es nicht ‚die anderen‘, wir gehören alle zusammen“, sagt Auerbacher, die auch heute noch vernehmbar schwäbelt. Man müsse aufeinander zugehen; Missverständnisse entstünden nur, wenn man sich nicht kennenlerne.

Im Gespräch mit Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, der Antisemitismusbeauftragten des Landes, erzählt sie aus ihrer Kind-

heit. Sie beschreibt die Ausgrenzung, die sie in Nazi-Deutschland erlebt hat, berichtet aber auch vom schwäbischen Dorf, „wo die Leute anständig zu uns waren“ und ihre Kinder mit dem „kleinen Judenmädel“ spielen ließen. Sie zeigt den gelben Stern, den sie als Mädchen an der Kleidung tragen musste, erzählt vom Leid in Theresienstadt, wo sie im Abfall nach Kartoffelschalen gesucht haben, weil sie so hungrig waren. Sie erzählt von den Verbrechen im Konzentrationslager: „Im KZ habe ich gesehen, wozu Menschen fähig sind.“ Und sie erzählt von ihrem Vater, der im Ersten Weltkrieg als Deutscher für Deutschland gekämpft hatte und schwer verwundet wurde. Der nicht ver-



Die Antisemitismusbeauftragte des Landes, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (Bild rechts/Mitte), und Dr. Marcus Optendrenk, der Vorsitzende des Hauptausschusses, begrüßten Inge Auerbacher und die mehr als hundert Jugendlichen aus Düsseldorf, Ratingen und Bottrop im Plenarsaal.

Fotos: Schälte

„Lauft nicht mit“



lern, „ich kann euch in die Arme nehmen. Ihr seid unschuldig.“ Ihr Ziel sei es, Menschen zusammenzubringen, ohne Hass: „Denn Hass ist etwas Furchtbares.“

Viele Fragen

Die Jugendlichen haben viele Fragen. Wie sah der Alltag in Theresienstadt aus? Wie konnte man als Kind mit der Angst vor dem Konzentrationslager leben? „Ich habe gedacht, meine Eltern sind meine Schutzengel“, sagt Inge Auerbacher. Ob sie noch gläubig sei? „Ich gebe meinen Glauben nicht auf.“ Was Heimat für sie bedeute? „Heimat ist für mich, wo ich wohne. Ich bin Amerikanerin. Aber das Deutsche ist immer noch in mir.“ *zab*

stand, was dieses Land ihm und seiner Familie nun antat.

Wenn Inge Auerbacher von Nazis spricht, dann spricht sie von „blöden Menschen“. Sie appelliert an die Jugendlichen: „Macht nicht mit bei diesen blöden Menschen. Es kommt nur zu Unheil für dieses Land. Lauft nicht mit, nur weil sie schöne Feste machen. So hat Hitler auch angefangen.“ Lauft nicht mit. Sie wird den Satz an diesem Nachmittag noch öfter sagen. Lauft nicht mit.

Nein, sagt die 84-Jährige, vergeben könne sie den Tätern, den Mördern nicht. Dafür sei der liebe Gott zuständig. Versöhnung aber sei wichtig: „Ihr habt nichts mit dieser Sache zu tun“, sagt sie zu den Schülerinnen und Schü-

Zur Person

Inge Auerbacher wurde 1934 in Kippenheim (Südbaden) geboren. Am 22. August 1942 wurde sie nach Theresienstadt deportiert. 1946 emigrierte sie mit ihren Eltern in die USA. Sie litt an Tuberkulose als Folge der schlechten Lebensbedingungen in Theresienstadt und verpasste acht Schuljahre. Dennoch erreichte sie einen Bachelor of Science von der Queens University und arbeitete 38 Jahre lang als Chemikerin. Am 26. Januar 2019 hielt sie die Gedenkrede anlässlich des Internationalen Gedenktags an die Opfer des Holocausts vor den Vereinten Nationen. Sie hat mehrere Bücher verfasst, darunter das in viele Sprachen übersetzte „I am a Star“ („Ich bin ein Stern“). Der Buchtitel ist eine Anspielung auf den gelben Stern, den sie als Kind an ihrer Kleidung tragen musste. Inge Auerbacher lebt in New York.





Foto: Schälte

„Kein Sicherheitsproblem“

4.9.2019 – Zwei Vorfälle am Düsseldorfer Flughafen hatten zu Beginn der Sommerferien für Aufsehen gesorgt. In beiden Fällen habe es jedoch „definitiv kein Sicherheitsproblem“ gegeben. Dies teilte Thomas Schnalke, Sprecher der Flughafen-Geschäftsführung, dem Verkehrsausschuss des Landtags mit. Am 17. Juli 2019 war morgens zunächst eine Gepäckanlage ausgefallen, so dass zahlreiche Passagiere ohne ihre Koffer in den Urlaub fliegen mussten. Am Nachmittag wurde ein Terminal geräumt, nachdem Fluggäste einen Knopf an einem Notausgang gedrückt hatten. Durch die Räumung sollte verhindert werden, dass sich bereits kontrollierte und noch nicht kontrollierte Passagiere „mischen“, sagte Schnalke. Kein Unbefugter sei in den Sicherheitsbereich eingedrungen, betonte er. Der Stillstand der Gepäckanlage sei auf einen Softwarefehler während eines Updates zurückzuführen. Updates werde man künftig ausführlicher prüfen und nicht mehr zu Ferienbeginn vornehmen. Dass Passagiere den Knopf an den Notausgängen trotz Kameraüberwachung drücken, könne dagegen auch für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden. Dies komme an anderen Flughäfen ebenfalls vor.

Verbraucherschutz für Geflüchtete

4.9.2019 – Der Integrationsausschuss hat sich mit dem Verbraucherschutz für Geflüchtete beschäftigt. Grundlage war ein Gespräch mit der Verbraucherzentrale NRW, die seit 2017 das Projekt „Get in!“ anbietet. Neu nach Deutschland zugewanderte Menschen erhielten dabei einen Überblick über Regeln des alltäglichen Konsums, erklärten zwei Mitarbeiterinnen der Verbraucherzentrale. Niedrigschwellige Workshops böten Basisinformationen dazu, wie Kostenfallen etwa bei Smartphone-Verträgen, Versicherungen und Stromanbietern entstünden. An mehr als 2.000 Workshops hätten seit Mai 2017 bislang rund 25.000 Geflüchtete teil-

genommen. Integrationsminister **Dr. Joachim Stamp** (FDP) lobte die Qualität und Quantität des Angebots. **Berivan Aymaz** (Grüne) bezeichnete die Zahl der Geflüchteten, die fortgebildet wurden, als „beachtlich“. **Stefan Lenzen** (FDP) schlug vor, schon in Integrationskursen über den Verbraucherschutz zu informieren. **Gabriele Walger-Demolsky** (AfD) wies darauf hin, dass Menschen unabhängig von ihrer Herkunft Informationsbedarf beim Verbraucherschutz hätten. **Heike Wermer** (CDU) äußerte sich erfreut darüber, dass das Projekt „Get in!“ aufgrund eines aktuellen Zuwendungsbescheids über das Jahr 2019 hinaus fortgeführt werden könne. **Ibrahim Yetim** (SPD) bemerkte, dass dies auf den Antrag seiner Fraktion zurückzuführen sei, der die Fortführung des Projekts gefordert hatte („Verbraucherschutz für Geflüchtete stärken und weiter ausbauen“, [17/5622](#)).

„Schwimmen lernen“

11.9.2019 – Der Ausschuss für Schule und Bildung hat sich mit dem Aktionsplan „Schwimmen lernen in Nordrhein-Westfalen 2019-2022“ ([Vorlage 17/2333](#)) der Landesregierung befasst. Ziel des Plans sei es, die Nichtschwimmerquote von Kindern am Ende der Grundschulzeit zu senken, teilte die Landesregierung im Ausschuss mit. Beteiligt seien Kommunen, Vereine und weitere Partner. Zehn Maßnahmen seien vorgesehen – darunter längere „Wasserzeiten“ im Schwimmunterricht, Ferienkurse, Schulschwimmwochen, eine Imagekampagne zum Thema „Schwimmen lernen“ sowie die Anpassung der Lehrpläne an die Empfehlungen der Kultusministerkonferenz. Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen lobten das Konzept im Ausschuss. **Franziska Müller-Rech** (FDP) sprach von einem „wichtigen Thema“ und hob hervor, dass viele Akteure einbezogen werden. Ähnlich äußerte sich **Jochen Ott** (SPD). Es sei positiv, dass man für mehrere Maßnahmen Partner gefunden habe. **Sigrid Beer** (Grüne) hielt es für wichtig, die Nutzungszeiten in den Bädern zu optimieren, „damit wirklich Schwimmen gelernt wird“.

Frank Rock (CDU) sagte: „Gut, dass wir da etwas tun.“ Allerdings dürften auch die Eltern nicht aus der Verantwortung entlassen werden.

Elternkonferenz

11.9.2019 – Der Ausschuss für Schule und Bildung hat im Landtag seine zweite Elternkonferenz veranstaltet. Den Anlass dazu bildete ein Antrag aller Fraktionen zum Thema „Partizipation der Elternvertretungen stärken“, der vom Plenum im Oktober 2016 einstimmig angenommen worden war. Eingeladen zur öffentlichen Konferenz waren u. a. Vertreterinnen und Vertreter von Elternverbänden sowie Mitglieder von Stadt- und Kreisschulpflegschaften. Auf der Tagesordnung standen Impulsreferate und eine Diskussion zum Thema „Etablierung und Verankerung von Stadt- und Kreisschulpflegschaften“. Zudem wurden verschiedene Projekte und Ziele der Elternfortbildung vorgestellt.

Polizei und Smartphones

12.9.2019 – Im Innenausschuss hat die Landesregierung die neue Ausstattung der nordrhein-westfälischen Polizei mit Smartphones vorgestellt. Angeschafft worden seien 20.000 Geräte mit speziell entwickelten Anwendungen, sagte Innenminister **Herbert Reul** (CDU). Alle Polizistinnen und Polizisten, die im Einsatz seien, hätten durch die neue Ausstattung Zugang zu Smartphones und könnten somit Auskünfte schneller einholen, Unfälle besser dokumentieren und Fingerabdrücke vor Ort einscannen. Über einen eigenen Messenger-Dienst könnten die Beamtinnen und Beamten Informationen austauschen. Für die tägliche Arbeit sei das eine immense Erleichterung und ein längst überfälliger Schritt. Die Kosten für die neue Ausstattung beliefen sich im aktuellen Jahr auf 10 Millionen Euro; von 2020 an seien 13 Millionen Euro jährlich eingeplant. Auf Nachfrage erklärte ein Sprecher des Ministeriums, dass die Geräte durch eine spezielle Verschlüsselung vor Hackerangriffen gesichert seien.

Porträt: Romina Plonsker (CDU)



Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Romina Plonsker (CDU). Die politische Karriere der 31-Jährigen begann im Wahlkreis Rhein-Erft-Kreis I. Seit Juni 2017 ist die Pulheimerin Mitglied des Landtags. Bereits seit 2016 gehört sie dem Landesvorstand der nordrhein-westfälischen CDU an.

Respekt, vermitteln ihr christliche Werte. Daheim wird viel und engagiert über Politik diskutiert. Dabei reift bei ihr der Gedanke: „Ich will etwas verändern.“ Der Vater rät ihr: „Dann geh doch in die Politik!“

Liebe zum Karneval

Aber wohin? Im Internet studiert sie Parteiprogramme. Es ist 2005, Bundestagswahlkampf. Und Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen. Die SPD kommt nicht infrage. Politik macht sich auch an Persönlichkeiten fest und Schröder, „den fand ich nicht wirklich toll“. Das sieht sie bei der CDU anders. Angela Merkel ist zu diesem Zeitpunkt Spitzenkandidatin der CDU im Bund, Jürgen Rüttgers Spitzenkandidat der NRW-CDU. Sie trifft den örtlichen Vorsitzenden der Jungen Union, das Gespräch überzeugt sie. Tags darauf tritt sie in die JU ein. Kein Jahr später wird sie Mitglied der CDU.

Zwölf Jahre später: Romina Plonsker ist längst selbst Chefin des JU-Bezirks Mittelrhein und die Dinge nehmen ihren Lauf. Sie ist gut vernetzt, wird gefragt, ob sie für den Landtag kandidieren will. Sie will. Es kommt zur Kampfabstimmung in der CDU. Vor vollem Saal hält die junge Frau eine engagierte Rede, lässt auch ihre Liebe zum Karneval nicht unerwähnt („Ich höre das ganze Jahr Karnevalsmusik“) und outet sich als glühender Fan des 1. FC Köln. Vor allem überzeugt sie mit den wichtigen Themen Bildung, Verkehr und Innere Sicherheit. Sie wird nominiert. Dann, bei der Landtagswahl, gewinnt sie von ihrem inzwischen jung verstorbenen SPD-Kollegen Guido van den Berg den Wahlkreis 5 für die CDU zurück.

In ihrer Fraktion, die zu zwei Dritteln aus Neulingen besteht, aber auch bei der Konkurrenz im Landtag fühlt sie sich sogleich akzeptiert, integriert. „Mir ist es immer wichtig, die andere Seite anzuhören“, betont sie. Man nimmt es ihr ab, wenn sie sagt, sie sei flexibel genug, „auch mal die eigene Meinung zu ändern“. Dennoch müsse Politik verlässlich bleiben. Sie spürt die aufgewühlte Stimmung in ihrem Wahlkreis, der einen Teil des Tagebaugesbiets Hambach abdeckt. Trotz aller berechtigten Kritik an der Kohle – den Grünen macht sie den Vorwurf, „Unsicherheit zu

schüren“ bei jenen, die sich vor Ort um ihre Arbeitsplätze sorgen.

Bei aller Weltoffenheit ist Romina Plonsker zu Hause tief verwurzelt. In ihrem Landtagsbüro, das sie mit dem noch jüngeren CDU-Kollegen Florian Braun auf der Porzer Schreibtischseite teilt, erinnert manches an ihre Heimat in Pulheim-Stommelerbusch. Von dort ist auch Köln ganz nah. Als sie aus Madrid zurückkehrt, zündet sie als erstes im Dom eine Kerze an. „Der Dom, das ist wie für viele Menschen in meiner Region ein Stück Heimat für mich.“

Was noch kommt? Wer weiß. Romina Plonsker ist erst 31 und im Wahlkreis Rhein-Erft-Kreis I haben schon ganz andere landespolitische Karrieren ihren Ausgang genommen. Man frage nach bei Jürgen Rüttgers.

Theo Schumacher

Eigentlich sollte es anders laufen. Politik als Hauptberuf, das konnte sich Romina Plonsker nicht vorstellen. Bis sie feststellen musste, dass der politische Betrieb mitunter seine eigene Dynamik entfaltet. So kam es, dass vor mehr als zwei Jahren die damals 28-Jährige als jüngste Frau für die CDU in den Landtag einzog. Dort macht sie heute mit Leidenschaft Politik, legt aber auch Wert auf die Feststellung: „Für mich ist es wichtig, unabhängig zu sein, ich fühle mich dann freier.“

Auslandssemester in Madrid

So ist es nur konsequent, dass sie Ende 2017, schon als Abgeordnete, ihren Master in Betriebswirtschaftslehre macht. Der Kreis schließt sich: Nach dem Abitur hat die Pulheimerin eine Lehre als Bankkauffrau absolviert, später in Köln ihr Bachelorstudium, Schwerpunkt Banken. 2013, als sie ein Auslandssemester in Madrid einlegt, wird Romina Plonsker auch erstmals mit der Außensicht auf deutsche Politik konfrontiert. In der EU tobt der Streit um Brüsseler Milliarden, und auf den Straßen erlebt sie wütende Spanier, die mit Plakaten gegen Kanzlerin Merkel protestieren.

Es erweitert ihren Blick auf die Politik. Ihr Interesse ist schon als Schülerin geweckt. Die Eltern – der Vater ist Baustoffkaufmann, die Mutter Buchhalterin – sind parteipolitisch ungebunden, erziehen sie zu Toleranz und

Zur Person

Im Landtag ist Romina Plonsker Mitglied in ihren Wunsch-Ausschüssen für Finanzen und Wirtschaft, außerdem Sprecherin im Unterausschuss für Bergbausicherheit. Im Februar wurde sie in den Fachausschuss „Wirtschaft, Arbeitsplätze und Steuern“ der Bundes-CDU berufen. Sie gehört dem CDU-Landesvorstand an.

Nachgefragt

Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

Schnüpperle – Das Buch hat mich als Kind immer in der Adventszeit begleitet und so die Vorfreude auf das Christkind gesteigert.

Welche Musik hören Sie gerne?

Kölsche Musik: einmal quer durch die Kölner Musikszene.

Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Brot vom örtlichen Bäcker und Frischkäse – für den leckeren Snack zwischendurch.

Ihr liebstes Reiseziel?

Die Eifel – ein schöner Kurztrip zum Wandern in der Natur.

Kurz notiert

Mauerfall

Die Deutsch-Ungarische Gesellschaft Rhein-Ruhr hatte für den 18. September 2019 zu einem Parlamentarischen Abend in den Landtag eingeladen. Anlass war die Erinnerung an den Mauerfall vor 30 Jahren, dem die Grenzöffnung in Ungarn vorausgegangen war. Landtagspräsident André Kuper betonte, dass die ungarische Haltung, die Grenzen für DDR-Bürger zu öffnen, ein nicht zu unterschätzender Faktor auf dem Weg zur Deutschen Einheit gewesen sei. Schon am Nachmittag hatte die ungarische Delegation unter der Leitung von Minister Gergely Gulyás Gespräche im Landtag geführt.

Demokratiewerkstätten

Der Präsident des Landtags, André Kuper, hat mit Vizepräsidentin Carina Gödecke und Vizepräsident Oliver Keymis am 11. September 2019 Vertreterinnen und Vertreter der Demokratiewerkstätten empfangen, um ihren Einsatz und ihr Engagement für die Demokratie zu würdigen. Kuper sagte: „Gemeinsam an seinem Lebensumfeld zu arbeiten – das ist gelebte Demokratie. Die Demokratiewerkstätten sind ein Angebot, um Distanz zu überbrücken, die einige Menschen zur Politik empfinden.“ Die Demokratiewerkstätten in Krefeld, Stolberg, Bielefeld, Köln, Duisburg, Düsseldorf, Wuppertal und Waldbröl betreibt die Landeszentrale für politische Bildung gemeinsam mit lokalen Trägern. Sie sind Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger zur gemeinsamen Gestaltung des Stadtviertels.

Landtagsforum

Seit Anfang September hat das Landtagsforum wieder geöffnet. Interessierte können sich hier in der Regel samstags und sonntags jeweils von 11 bis 17 Uhr über die Arbeit des Landtags informieren. Der Besuch ist kostenfrei. Eine vorherige Anmeldung ist nicht erforderlich. Jeweils zur halben und zur vollen Stunde wird auf der 240-Grad-Panorama-Leinwand ein Film über die Funktionen des Landtags und die Arbeit der 199 Abgeordneten gezeigt. An acht Stelen können Gäste zudem interaktiv weitere Informationen über verschiedene Aspekte der parlamentarischen Arbeit abrufen. Mehr Informationen zum Landtagsforum und zu den Wochenendöffnungen unter [www.landtag.nrw.de/Besuch im Landtag](http://www.landtag.nrw.de/Besuch_im_Landtag).

Gestorben

25.7. Dieter Blumenberg (SPD/94)
MdL 1980 – 1990

Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe der Parlamentszeitschrift Landtag Intern erscheint am 15. Oktober 2019.

Der Landtag in Leichter Sprache

Eine neue Broschüre stellt den Landtag Nordrhein-Westfalen in Leichter Sprache vor. Sie richtet sich in erster Linie an Menschen mit Lernschwierigkeiten, aber auch an Demenzerkrankte und Zugewanderte mit geringen Deutschkenntnissen. Die 20-seitige Publikation im DIN-A4-Format informiert über die Grundzüge der parlamentarischen Demokratie sowie über die Aufgaben des Landtags und der Abgeordneten. Sie wurde von der Lebenshilfe Bonn auf Verständlichkeit hin geprüft und trägt das Siegel „Inclusion Europe“. Die Broschüre kann kostenlos bei der Öffentlichkeitsarbeit des Landtags bestellt werden (Telefon 0211 / 884-2442, E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag.nrw.de).

Foto: Schälte

